

# Freiberger Anzeiger

und Tageblatt

Amteblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortliche Leitung der Redaktion: Georg Burthardt.

N<sup>o</sup> 274.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den anderen Tag. Preis vierteljährlich 1 M. 80 Pfg. einmonatlich 60 Pfg.; durch die Post 2 M. 25 Pfg.

Dienstag, den 27. November.

53. Jahrgang.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen. Preis für die Spaltzeile 16 Pfg. Außerhalb des Landgerichtsbezirks 18 Pfg.

1900.

Die Lieferung des Bedarfs an Fleisch- und Wurstwaren für die Truppenküchen und das Lazareth der

Garnison Freiberg

auf die Zeit vom 1. Januar 1901 bis mit 30. Juni 1901 soll Montag, den 3. Dezember d. J. Vorm. 10 Uhr in dem Geschäftszimmer des Proviantamts öffentlich verbudungen werden.

Angebote sind bis zum Beginn des Termins versiegelt und mit der Aufschrift „Angebote auf Fleisch für die Garnison Freiberg“ versehen, an das Proviantamt portofrei einzuliefern. Die Bedingungen liegen beim Proviantamt zur Einsichtnahme aus.

Intendantur XII (I. S. S.) Armeekorps.

## Auktion.

Freitag, den 30. November 1900, vorm. 10 Uhr kommen in Ruda

- 1 Transmission 16 1/4 Mtr. lang mit 31 Riemenscheiben incl. 3 Ruffen, 4 Säulenarmen, 3 Wandlagern und einem dazugehörigen Vorgelege mit 4 großen Riemenscheiben.
- 2 Transmission 10 1/4 Mtr. lang mit 3 Gängearmen, 1 Wandarm, 2 Wandlagern, 2 Seil- und 2 Riemenscheiben

gegen Barzahlung zur Versteigerung. Sammelort: Niemanns Restaurant, Brand, am 26. November 1900.

Müller, Gerichtsvollz.

## Holzversteigerung auf Reichenbacher Staatsforstrevier.

Im Gauhner'schen Gasthose in Obergruna sollen Montag, den 3. Dezember 1900 von Vormittags 1/10 Uhr an, nachstehende Nughölzer, als: 158 h. u. 688 w. Eichen, 226 h. u. 10484 w. Kiefer, 1205 w. Dorn- u. 6140 w. Reisklängen u. 58,5 rm w. Nughölzer sowie ebendasselbst Mittwoch, den 5. Dezember 1900 von Vormittags 1/10 Uhr an, nachstehende Brennholz, als: 0,5 h. u. 2,5 rm w. Brennholze, 2 rm h. u. 102 rm w. Brennholz, 18 rm h. Kaden, 15,5 rm h. u. 851,5 rm w. Keste u. 3,50 Wdhrt. h. u. 5,70 Wdhrt. w. Brennholz versteigert werden.

Näheres enthalten die bei den Ortsbehörden und in den Schankstätten der umliegenden Orte aushängenden Plakate.

Königl. Forstrevierverwaltung Reichenbach n. Königl. Forstrentamt Tharandt, am 23. November 1900.

Schneider.

Wolfram.

## Die städtische Sparkasse Oederan

verzinst Spareinlagen mit 3 1/2% und erbebt von 8-12 Uhr Vormittags und von 2-6 Uhr Nachmittags an jedem Werktag sowie auch schriftlich.

## Aus dem Reichstage.

(Eigenbericht.)

nh. Berlin, 24. November.

Heute ist nun endlich die berühmte 12 000 Mark-Affaire, die seit Wochen die Presse aller Parteien in Atem gehalten hat, zur parlamentarischen Verhandlung gekommen, und wieder alles erwarten ist die Angelegenheit bereits in der einen Sitzung zu einem noch dazu verhältnismäßig befriedigenden Abschluss gelangt.

Das Verdienst für diesen Ausgang kann in vollem Umfang wieder einmal der Reichskanzler Graf Bülow für sich in Anspruch nehmen, der thatsächlich auf dem Wege ist, sich eine Popularität zu verschaffen, wie sie in der Geschichte nur ganz wenigen außerordentlichen Männern beschieden wird. Und doch ist das Mittel, das Graf Bülow in dieser Woche schon zum zweiten Male mit so glänzendem Erfolge zur Anwendung gebracht hat, ein so außerordentlich einfaches: Er verzichtet nur auf die in der Beamtenjahre leider allzuhäufig vorkommende Aspiration, immer und unter allen Umständen Recht zu haben und erkennt begangene Fehler der Regierung unumwunden als solche an, mit dem Vorbehalt, daß sie in Zukunft vermieden werden sollen.

So einfach dieses Mittel ist, so sehr hat es sich in den letzten Tagen bei den China-Debatten in Bezug auf die, durch die Nichtberufung des Reichstags im Sommer begangene Verfassungsverletzung und heute wieder bei der unangenehmen 12 000 Mark-Affaire bewährt. Graf Bülow stellte in seiner Erwiderung auf die sozialdemokratische Interpellation, den natürlich von allen Seiten gebilligten Grundgedanken auf, daß die Regierung sich über die Parteien und Interessengruppen stellen und auch jeden entferntesten Anschein vermeiden müsse, als ob nach diesem Grundsatz nicht verfahren würde. Davon ausgehend stand der Reichskanzler nicht an, zu erklären, daß er den von Herrn v. Woedtke, an dessen gutem Glauben er allerdings nicht zweifelt, beschrittenen Weg als einen Mißgriff betrachte, dessen etwaige Wiederholung er zu inhibieren wissen würde. Mit bestem Nachdruck betonte Graf Bülow, daß er das im vollsten Einverständnis mit dem Staatssekretär des Innern, dem Grafen Posadowsky auspreche, „dessen eminente Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrung, dessen Kenntnisse, dessen Charakter er gleich hoch stelle“. Zu weiteren Maßnahmen erklärte sich der Reichskanzler allerdings nicht bereit, da er das Bekanntwerden dieses Falles weniger als durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl inspiriert erachte, und da er solchen Treibereien und Manipulationen, wie sie bei dieser Gelegenheit vorgekommen seien, keinen Einfluß auf seine amtlichen Entscheidungen einräumen werde. Der Schlusssatz des Reichskanzlers, daß er sich bemühen werde, den Sozialdemokraten nie wieder einen ähnlichen Agitationsstoff zuzuführen, fand schließlich den Beifall des ganzen Hauses.

Die Begründung der Interpellation durch den Abg. Auer (sp.) war eine verhältnismäßig außerordentlich ruhige, was vom Reichskanzler auch ausdrücklich anerkannt wurde und was man bei Herrn Auer, der unter seinen Parteigenossen den Spitznamen „der Staatsanwalt“ führt, auch nicht anders erwarten konnte. Immerhin that der sozialdemokratische Redner seinen Gefühlen keinen besonderen Zwang an, sondern sprach u. a. von Schamlangendiensten, die von dem Reichsamt des Innern den Schamlangendiensten geleistet worden seien und kündigte an, daß, falls nicht höchste Sühne gegeben werde, seine Partei fortan bei jeder Gelegenheit, bei der sie in Opposition stehe, die Frage aufwerfen werde: in wessen Dienste geschieht die Handlung, und wer bezahlt die Agitation?

In der Besprechung fand die nicht bestrittene Thatsache, daß ein hoher Reichsbeamter zur offiziellen Agitation für ein Gesetz aus Interessententreisen Geld erbeuten hat, allgemeine Verurteilung. Aber die Tonart war dabei doch eine recht verschiedene. Die Redner der beiden konservativen Fraktionen gingen ziemlich leicht darüber hinweg und beschäftigten sich hauptsächlich mit der Verurteilung der Art und Weise, wie die Dinge in der sozialdemokratischen Presse ausgeschlachtet worden sind. Die Abgg. Bülling (natlib.) und Dr. Lieber (Centr.) fanden schon recht scharfe Worte, erklärten sich aber durch die Äußerungen

des Reichskanzlers für befriedigt. Die Abgg. Dr. Pachnitz (frs. Vrg.) und Muntel (frs. Vp.) theilten dagegen diese Befriedigung nicht, sondern verlangten positive Vorkehrungen und eventuelle Rückgabe der 12 000 Mark. Zum Schluß hielt noch Dr. Schönlanke (soz.), dessen Blatt den Buedschen Brief veröffentlicht hatte, eine ziemlich wüste Rede, in der er namentlich den Grafen Posadowsky, den Auer ganz geschont hatte, als verantwortlich hinstellte. Als der Präsident darauf die Diskussion schloß, krönte Singers Wahlsprüche durch den Saal: „Und Posadowsky schreie!“ Bleich, aber ohne eine Miene zu verziehen, hatte Graf Posadowsky den Verhandlungen beigewohnt.

Im Einzelnen ist zu berichten:

Abg. Auer (soz.): Der Thatbestand stehe fest, daß der Großindustrielle oder vielmehr dem Schamlangendiensten seitens eines Reichsamts Handlangerdienste geleistet wurden. Man habe, um die Entrüstung hierüber abzulenken, auf einen Vorgang zu Bismarcks Zeiten hingewiesen; aber damals habe es sich für Bismarck nur um Schaffung eines außerparlamentarischen Beiraths gehandelt, dagegen heute um Erzielung eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter. Ferner wurde damals ein Betrag dem Fürsten Bismarck angeboten, heute dagegen liege ein Wittelschuch aus dem Reichsamt des Innern vor. Während man oben das praktische Christenthum als Patrimonium der Entwürfen u. s. w. verkünde, wolle man hier mit Zuhilfenahme der Mittel der Großindustrie die Armen und Enterbten noch in verstärktem Maße durch Förderung des Zuchtstufengesetzes der Lohnklaverei überliefern. Selbstverständlich handle es sich hier nicht um persönliche Bestechlichkeiten, aber wenn in der halbamtlichen Publikation ausdrücklich betont worden sei, Belege für die Verwendung der 12 000 Mark lägen vor (Heiterkeit), so scheine man eben für die moralische Bedeutung des ganzen Vorganges gar kein Verständnis gehabt zu haben. Dieser ganze Vorgang ist ja viel schlimmer, als ein einzelnes Straucheln im Alter. (Rufe links: Sehr wahr!) Aus solchen Vorfällen ersehe man direkt die Bedeutung des Wortes, das der Amtsvorgänger des Grafen Posadowsky ein Mal an eine Unternehmervereinigung gerichtet hat: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ Zur Vertretung der Regierung auf Arbeiterkongressen hätten die Herren keine Zeit, aber auf den parlamentarischen Festen des Herrn v. Stumm im Kaiserhof fehlten sie nicht, dafür hätten sie Zeit. (Lebhafter Beifall links.) Der ganze Vorgang sei um so drastischer, als im Frühjahr 1899 Herr Bued schwerste Angriffe gegen einen Mann im Reichsamt des Innern gerichtet hatte, der gerade auf dem Gebiete der Sozialpolitik mit Eifer und auch mit Erfolg thätig gewesen war, und wenige Monate später wird von Herrn v. Woedtke derselbe Herr Bued, der seinen Amtskollegen und Vorgesetzten Herrn v. Rottenburg so schwer angegriffen, mit Bittelbriefen angegangen. (Beifall links.)

Reichskanzler Graf von Bülow: Meine Herren! Die verhältnismäßig ruhige Form, die, abgesehen von einigen auch für den Herrn Auer unvermeidlichen Kraftausdrücken, noch eher gemäßigte Form, in welcher der Herr Interpellant seinen Antrag begründet hat, stand in einem beinahe pikanten Gegensatz zu der Art und Weise, wie seit Wochen der in Rede stehende Vorfall in der dem Herrn Antragsteller und seinen Freunden nahestehenden Presse behandelt und — ich kann wohl sagen — ausgeschlachtet worden ist. Ich bin doch ziemlich weit herumgekommen, aber so etwas von Uebertreibung, wie bei der Behandlung dieses Falles in der sozialdemokratischen Presse, ist mir doch noch nicht vorgekommen. In dem ersten Artikel, den ich über diesen Vorfall las, fand ich zweimal das Wort „Panama“ und in einem anderen Artikel war von der Maffia die Rede. Du lieber Gott! Ich habe doch auch die zeitgenössische Entwicklung verfolgt, und ich versichere Sie, Panama war wirklich etwas anderes (Heiterkeit), und die Anhänger der Maffia, die Maffioten, wie man sie nennt, leben anders aus, als die Berliner Geheimräthe. (Heiterkeit.) Ueber solche Veraleiche wird niemand mehr lächeln, als unsere Intellektuellen und Sympathisierenden nachharn jenseits der Alpen und jenseits der Bogenen.

Meine Herren! Der Zweck, der mit allen diesen Uebertreibungen — ich muß leider sagen: mit allen diesen Entstellungen —

verbunden war, war natürlich der, den Glauben zu erwecken, als ob wir in einem Staat lebten, dessen Regierung abhängig wäre von bestimmten Gruppen (Sehr richtig! und andere Zwischentöne bei den Sozialdemokraten, Glöde des Präsidenten), mit einem Worte — der Herr Abg. Auer hat es selbst ausgesprochen — in einem Klassenstaat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon die Wahrnehmung, welchen Agitationsstoff die Herren von dort brühen (zu den Sozialdemokraten) aus der Behandlung des Falles geschöpft haben, würde mich nachdenklich, würde mich bedenlich stimmen in der Beurteilung des seiner Zeit für die Verbreitung amtlicher Drucksachen eingeschlagenen Weges, denn ich bin der Ansicht, daß jede deutliche Regierung dem Gemeinwohl um so besser dient, je höher sie sich stellt über die verschiedenen Interessentengruppen, über die Parteien, (sehr wahr! links), über die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze. Ich bin davon durchdrungen, daß es die erste Aufgabe jeder deutschen Regierung ist, das Wohl der Gesamtheit im Auge zu haben und nur die Gesamtinteressen zu fördern. (Sehr wahr, links, Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, warum widersprechen Sie mir denn? Sie kennen mich ja noch gar nicht genug, weder politisch noch persönlich, um ein abschließendes Urtheil über mich aussprechen zu können. Politisch bin ich doch noch nicht lange genug am Werke namentlich in der inneren Politik, als daß Sie mich beurtheilen könnten, außer wenn Sie sich auf den Standpunkt eines Ihrer Vorgänger vom Jahre 1848 stellen: ich kenne die Absicht des Ministers nicht, aber ich mißbillige sie — und persönlich kennen wir uns doch auch noch nicht genug; ich bedaure es, hoffentlich bedauern Sie es auch. (Heiterkeit.) Also zu einem abschließenden politischen und persönlichen Urtheil über mich ist es noch zu früh, und ein solches zu fällen — verzeihen Sie das harte Wort! — ist oberflächlich. Das habe ich konstatieren wollen und lehre nunmehr zu der Beantwortung der Interpellation zurück. Ich bin aber ferner der Ansicht, daß die Regierung sogar den Schein vermeiden muß, irgend welcher Abhängigkeit von irgend welchen Gruppen, daß sie jeden Verdacht vermeiden, jedem Verdacht entgegen muß irgend welcher Abhängigkeit von Sonderinteressen. (Sehr richtig! links.) Darum stehe ich nicht an, trotz des guten Glaubens, in dem die beteiligten Beamten getraut haben, einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Mißgriff zu bezeichnen. (Hört, hört! und Bravo links.) Der in Rede stehende Vorfall, meine Herren, hat sich ereignet, bevor ich die verantwortliche Leitung der Geschäfte des obersten Reichsbeamten übernommen hatte. Wäre ich damals um meine Meinung gefragt worden, so würde ich von der Beschreitung des für die Verbreitung amtlicher Drucksachen gewählten Weges abgerathen haben und würde heute, wo ich verantwortlicher Reichskanzler bin, die Absicht einer solchen Maßnahme zu meiner Kenntniß gelangen, so würde ich die Ausführung einer solchen Absicht zu inhibieren wissen. (Bravo.) Im vollen Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Innern, im Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Innern, dessen eminente Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrung, dessen Kenntnisse, dessen Charakter ich trotz aller gegen ihn gerichteten Angriffe immer gleich hoch stelle (Bravo!), bin ich der Ansicht, daß derartige Wege in Zukunft nicht wieder eingeschlagen werden sollen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber diese meine Auffassung und diese meine Willensmeinung als des allein im Reich leitenden Ministers ist das be-theiligte Ressort nicht im Zweifel gelassen worden. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie scheinen, wie ich aus Ihrem „Hört, hört!“ entnehme, solche erwartet zu haben. Aber weitere Maßnahmen werde ich nicht treffen, und ich will Ihnen, meine Herren, einen Grund angeben, aus dem ich weitere Maßnahmen nicht treffen werde.

Der Herr Antragsteller hat gesagt, daß er nicht wisse, wie ein gewisser Brief an eine gewisse Leipziger Zeitung gekommen sei. Vielleicht weiß es Herr Abg. Dr. Schönlanke. (Heiterkeit.) Aber ich habe vorläufig noch nicht den Eindruck, ich habe nament-